

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 44.

Samstag, den 29. Oktober 1922.

4. Jahrgang.

Verlags-Gesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H.,
Petrikauer Straße Nr. 28. Geldsendungen und Zu-
schriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortliche Schriftleiter: Albert Freyer,
(literar. Teil) und Rudolf Rosenfeld, (Politik
u. Bdsf.). Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 1000 M. vierteljährlich
f. Deutschland R. 30. — Anzeigenpreis: für die sechs-
gespaltene Kleinzeile R. 10. — für Deutschland R. 10. —

Wenn der Feind kommt, wenn Seuer ausbricht, wenn die Wasser austreten, so geht jeder ungehehen, und keiner sagt, auf den einzelnen Mann komme es nicht an. Es ist eine Gedankenlosigkeit, wenn du sagst, nicht so verhalte es sich mit der Ausübung stiller Bürgerpflichten, wie die Wahlen zum Beispiel sind. Wenn gleich unbemerkbar und langsam, so trägt im Gegenteil jeder einzelne Mann durch sein Wegbleiben zur allmählichen Abnahme des Allgemeinen bei, und jedenfalls möchte ich nicht immer mit Gewalt der Feind, auf welchen es nicht ankommt!

Gottfried Keller.

In den kommenden Wahlen.

Von Julian Will.

Seit ich das letzte Mal von hier aus zu euch redete, liebe Volksgenossen, — „lang, lang ist's her.“ Wir standen damals mitten in der Ernte und sammelten die Früchte der schweren Arbeit eines langen Jahres ein. Wir standen im Kampf um eine neue Kirchenverfassung, welcher Kampf ja auch gegenwärtig noch nicht beendet, in dem aber ein Waffenstillstand eingetreten ist. Heute stehen wir unter dem Eindruck der Wahlen. So wollen wir denn miteinander einiges über dieselben reden. Da ich als Kandidat für den nächsten Sejm nicht in Frage komme, also für mich nicht zu sprechen brauche und mit keinen persönlichen Nebenabsichten an euch herantrete, so hoffe ich, ihr werdet mich geduldig bis zu Ende anhören.

Ihr wißt schon, daß wir uns dem Minderheitenblock angeschlossen haben. Manche von euch erscheint das ein bißchen sonderbar. Besonders wenn noch der gute Nachbar ihn „verruubert“ fragt: „Was? Ihr geht mit den Juden zusammen!“ Oder wenn er in einem Blatte der sich „die heuchlerischen Führer des Volkes“ Nennenden liest, daß der Haß, mit dem man in Polen den Juden begegne, sich nun auch auf die Deutschen ausdehnen und able Folgen nach sich ziehen werde. Oder wenn er in der gegenrussischen Presse immer wieder zu hören bekommt: Der Minderheitenblock ist staatsfeindlich, er ist zum Verderben des polnischen Staates gegründet. Ganz besonders dieser letzte Vorwurf macht dich gruseln, lieber Volksgenosse, nicht wahr? Du bist treuer Staatsbürger, dir kommt deine Bürgerpflicht nie aus dem Sinn, und nun solltest du einer Partei angehören, die den Staat zu zerstören sucht? Da mußt du dir die Sache doch erst überlegen. Du sängst nun an zu zweifeln, denkst hin, denkst her. Du bist ja auch nicht umsonst ein Sohn des Volkes her Denker. Dies wollten deine Widersacher nur, dich müde machen. Dir den Glauben an die gute Sache rauben, die der Minderheitenblock vertritt.

Du weißt ja schon, warum es zu einem Minderheitenblock kommen mußte. Es gibt bei uns Leute, die da meinen, in Polen sei nur für solche Menschen Raum, die ausschließlich polnisch-polnisch

denken und fühlen. Für Befenner einer anderen Denkungsart, Anhänger einer anderen Kultur sei hier kein Platz. Es ist ähnlich, als wollte jemand durchaus nur reine Laub- oder reine Nadelwälder dulden. Wir aber wissen, der schönste, anmutigste Wald ist der gemischte, wo die schlanke, grünlockige Birke in dem weißen Farn neben der widerfesten Eiche in der Sturmhäube, der dunklen ferntragenden Tanne und der krähendehausenden Kiefer steht. Da ist Abwechslung und Frucht und Mannigfaltigkeit der Farben und dabei eine wunderbare Harmonie derselben. Jene Leute hatten nun bei uns bisher — letzter — das Heft in der Hand und nicht immer haben sie das Beste für ihr Vaterland geschaffen, wenn sie dies ihrer Meinung nach auch stets im Auge hatten. Ein gar großes Uebel, das jene Leute ausgeklügelt, war (und ist) die neue Ordnung für die Wahlen zum Sejm und Senat.

Nicht wahr, viele von uns sind alt und grau geworden, haben nie etwas von einem Sejm gehört und nun sollen sie plötzlich für ihn wählen, eigentlich schon zum zweiten Mal. Das erste Mal wars 1919. Wollen wir bei diesem Begriff etwas verweilen. Was ist der Sejm? Stehe, es ist der hohe Rat, der unserem Lande die Gesetze gibt, der bestimmt, was für Rechte wir haben, was für Pflichten wir erfüllen müssen, der zusieht, daß Ruhe, Frieden und Ordnung im Lande walten, daß dem Schwachen und Armen Recht widerfahre, der die Beamten des Staates überwacht und bestimmt, wie sie sein sollen, kurz: der unser Land regiert. Vor Zeiten regierte der Monarch durch seine Beamten die Landesbewohner — Untertanen wurden sie genannt — hatten bei dem Regieren nicht mitzureden, sondern zu erfüllen, was der Monarch ihnen vorschreiben ließ. Heute aber ist es anders. Aus Untertanen sind wir freie Bürger geworden. Klingt diese Bezeichnung nicht viel schöner? Wir regieren unser Land mit, indem wir unsere Abgeordneten in den Sejm hineinwählen. Es ist also ein stolzes Recht, das wir ausüben, wenn wir die Wahlzettel abgeben. Und was noch Schöneres dabei ist: am Wahltage sind sich alle Bürger wirklich gleich. Die Stimme des ersten Ministers ist an jenem Tage bei der Wahl nicht mehr wert, als die des einfachsten Arbeiters, und die des Tagelöhners gilt so viel wie die des vielfachen Millionärs. Seht, das ist Gleichheit, freies Staatsbürgertum. Wird nun noch jemand von euch zu Hause bleiben wollen? Seinen Wahlzettel nicht abgeben? Der wäre unklug.

Nun wirst du vielleicht sagen, gut, ich sehe ein, daß es auch für mich von Wichtigkeit ist, daß ich am Wahltage mein höchstes Bürgerrecht ausübe. Aber wozu die Spaltung in so viele

Parteien? Warum werden nicht einfach verständige, weise Männer einmütig von allem Volk, das im Staate wohnt, in den Sejm gewählt? Und warum sollen wir Deutschen noch besondere Vertreter haben, wir leben doch mit den Polen hier zusammen, tragen mit ihnen das gemeinsame Schicksal, da könnten wir wohl auch mit ihnen gemeinsam unsere Vertreter wählen? Und damit hast du genau dasselbe gesagt, was jene Leute, von denen wir oben sprachen, behaupten und als einzige Wahrheit verkünden. Ihr Ziel ist, so wenig als möglich nichtpolnisch-polnische Abgeordnete in den Sejm hineinzulassen. (Vom Senat — der eine Art Kontrolle über die gesetzgebende Tätigkeit des Sejms ausübt — gilt das Besagte sinngemäß). Und darum erfinden sie eine Wahlordnung nach welcher es den Minderheiten in Polen unmöglich war, eine ihnen zukommende Zahl von Abgeordneten in den Sejm durchzubringen. Die Schöpfer der Wahlordnung glaubten ihr Ziel dadurch zu erreichen, daß sie die zur Durchbringung eines Abgeordneten erforderliche Stimmzahl recht hoch bemessen und die Wahlkreise neu einteilten, so daß die Minderheiten künstlich zerstückelt und noch mehr „vermindert“ wurden und nicht mal so viel Abgeordnete durchgebracht hätten, wie in den ersten Sejm. Doch das wißt ihr ja bereits, drum wollen wir weiter darüber keine Worte verlieren. Wir Deutschen Polens hatten anfänglich 2, später 8 und zuletzt 7 Vertreter im 1. Sejm. Was konnten sie dort viel anfangen? Waren sie doch nicht einmal zahlreich genug, eine Anfrage an den Sejm einreichen zu können und mußten sie in solchem Falle andere Parteien bitten, ihnen einige Unterschriften zu borgen. Man reichte z. B. aus dem Dorfe A. ein Gesuch an die deutschen Abgeordneten, es im Sejm durchzusetzen, daß den Leuten ihre Schule nicht fortgenommen werde. Ja, die Abgeordneten konnten so ohne weiteres nicht vorgehen, sie waren zu wenig und mußten erst eine andre Partei um Unterstützung angehen. Und trotz allem haben sie sehr viel getan. Ich sagte dies hier schon vor langer Zeit, will es aber heute wiederholen. Schon, daß sie den Mut aufbrachten, sich deutsche Abgeordnete zu nennen und dadurch vor aller Welt Augen darlegten, daß auch in Polen, in Kongresspolen Deutsche wohnen, daß sie von unserem Vaterland Zeugnis ablegten, schon damit haben sie eine große Tat vollbracht. Aber hierbei konnte es, durfte es nicht bleiben. Unsere Abgeordneten müssen sich auch noch in anderer Beziehung im Sejm zu bemerkbar machen, sie müssen das Schicksal ihrer Volksgenossen hierzulande durchaus zu bestimmen, zu meistern suchen. Und dies wäre nie geschehen, wenn der Minderheitenblock nicht gegründet worden wäre, denn

16! Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

dann hätten wir Deutschen vielleicht nur im ganzen 3—4 Abgeordnete durchbringen können, während wir nun 12—14 Mandate zu erringen hoffen. Ebenso verhält sich die Sache mit den übrigen Minderheiten. Wir können es daher unsern politischen Führern nicht genug danken, daß sie den Block gegründet haben.

Am wir haben eigene Vertreter nötig. Wohl unterliegen wir den allgemeinen Staatsgesetzen, gelten für uns dieselben Pflichten, tragen wir mit dem Mehrheitsvolke dasselbe Schicksal. Aber wir haben außerdem noch ein besonderes Gut, ein heiliges Erbe: unser Volkstum, unsere deutsche Schule, Sprache und Sitte. Die sollen und müssen wir uns erhalten auf unsre Nachkommen vererben! Nun wird keinem Polen etwas daran liegen, daß uns die ungehinderte Pflege dieser Güter gewährleistet werde. Er hat kein Verständnis dafür und nennt unsre dahingehenden Bestrebungen separatistisch staatsfeindlich. Vor mir liegt ein Wahlspruch der Nat. Arbeiterpartei (N. P. R.) darin heißt es wörtlich: „... będziemy zwalczali bezwzględnie działość separatystyczną żywołów niepol-skich, a zwłaszcza żydowską i niemiecką, jako najbardziej niebezpieczną dla państwa polskiego.“ Deutsch: „Wir werden die separatistische Tätigkeit der nichtpolnischen Elemente rückwärts los bekämpfen, vor allem die jüdische und deutsche, als die dem polnischen Staate gefährlichsten.“ So sagen etwa, nicht die vielgeschmähten Nationaldemokraten, Militärdäve und Großgrundbesitzer, nein, Arbeiter, Menschen des „Fortwärts“ verstanden solche „zeitgemäßen“ Anschauungen. Sage, lieber Leser, was hätte unsre deutsche Schule (um nur ein Beispiel zu nennen) von diesen Menschen zu erwarten? Für sich, die Polen, aber fordert die Partei: Państwo i Rząd powinny roztoczyć szeroką i troskliwą opiekę nad naszymi braćmi, zamieszkałymi i pracującymi za granicą, a w pierwszym rzędzie bronić Polaków jęczących dotąd w części Śląska pod zaborem czeskim i niemieckim, chronić wychodźstwo polskie w Niemczech, Rosji, Francji i innych krajach.“ Deutsch: „Der Staat und die Regierung haben weitgehende Fürsorge für unsere im Auslande wohnenden und arbeitenden Brüder zu treffen, in erster Linie die in dem tschechischen und deutschen Teil Schlesiens schwächenden Polen zu beschützen und andern Ländern zu beschirmen.“ Wir wollen uns nicht über die moralische Beschaffenheit einer Parteiführung aufhalten, die zwei sich so stark widersprechende Forderungen aufstellen kann (wir kennen dies ja schon zur Genüge) wir wollen uns nur merken, daß das Polentum in der ganzen Welt Anspruch auf Schutz, Duldung und Pflege erheben zu müssen glaubt. Mit Recht. Nun wollen wir auch nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eigentlich doch weniger. Wir fordern nicht, daß uns die Regierung von Berlin schützen und schirmen soll, wir wollen dies selber besorgen. Da sollten unsere Gegner doch auch endlich aufhören, uns zu verdächtigen und der Staatsgefährlichkeit anzulagen. Sie werden dies aber vorherhand wohl noch nicht lassen. Da müssen wir unbestimmt um ihr Schicksal unsern Weg verfolgen.

Daß unsere Abgeordneten und Senatoren es bei dieser Stimmung im polnischen Volke auf ihren Posten nicht leicht haben werden, ist klar. Es müssen daher Männer sein, die imstande sind, Opfer zu bringen, sich für eine Idee voll und ganz einzusetzen, sich dem Dienste an ihrem Volke neben dem am Staate zu weihen. Männer mit

stählernen Nerven und glühenden, von Liebe zum Volke glühenden Herzen. Soweit die Namen der künftigen Sejm- und Senatskandidaten in der Presse bekannt geworden sind, paßt der obige Maßstab für sie. Wir können daher unsre Zukunft getrost in ihre Hände legen. Und sollte sich nachher abermals einer obre der andre unter ihnen finden, der sich absondern und zu einer Partei übergehen wollte, die vor allem wirtschaftliche Interessen vertritt, so wird man diesmal rechtzeitig Vorbeugungen treffen, dies schwankende Rohr dann zum Niederlegen seines Mandates zu zwingen, um einem Würdigeren Platz zu machen. Es bleibt kein anderer Weg übrig, wollen wir uns neben der Treue zum Staat unser Erbe rein erhalten.

Mit vereinten Kräften wird's uns gelingen. Darum gehen wir am 5. und 12. November wie ein Mann zu den Wahlurnen und stimmen für die Liste des Minderheitenblocks Nr. 16. Kränklige und alle schwache Personen müssen hingefahren werden. Wer einen Wagen nebst Gespann zu diesem Zwecke hergibt, leistet seinem Volke einen großen Dienst. Wir stimmen für Nr. 16 um unsers Volkstums und unseres Staates willen. Um unsers Volkstums willen: eine eigene Vertretung im Sejm wird zusammen mit den Vertretern der anderen Minderheiten eine heilige Wächterin unserer idealen Güter sein! Um des Staates willen: Die Vertreter der Minderheiten werden den Grundsatz „suum cuique!“ (Jedem das Seine) d. h. die Gerechtigkeit im Staatsleben zu Ehren bringen, und Polen wird zur wahren Mutter aller Völkerschaften werden, die es bezehren. Ein herrliches Ziel. Hilf auch Du mit, daß wir es erreichen!

Die Deutsche Vorwahlbewegung.

Die deutschen Sejm Kandidaten tragen sich mit der Absicht, nach den Wahlen ein großzügig angelegtes Büro, verbunden mit einer Rechtsauskunftsstelle zu eröffnen. Dieses Büro soll die Klagen und Beschwerden aller deutschen Wähler entgegennehmen und sie durch die Vermittlung der Sejmabgeordneten den entsprechenden Behörden zuführen lassen. Ein solches Büro, besonders aber die Rechtsauskunftsstelle, würde einem lange gehegten Bedürfnis unserer deutschen Mitbürger entsprechen. Da diese Zentralkstelle voraussichtlich sehr stark in Anspruch genommen werden wird, werden in erster Linie diejenigen Deutschen Berücksichtigung finden, die sich mit einer Dultung über eine für den Wahlfonds geleistete Spende werden ausweisen können.

Die dem Generalsekretariat zugehenden Nachrichten von den örtlichen Wahlkommissionen Kongresspolens lassen darauf schließen, daß dem Minderheitenblock überall das größte Wohlwollen und Verständnis entgegengebracht wird. Ueberall dort, wohin die Kunde von dem Minderheitenblock gedrungen ist, ist man sich des Ernstes der Lage voll und ganz bewußt und verleiht den Zusammenschluß aller Minderheiten richtig einzuschätzen. Der bisherige Stand der Wahlbewegung läßt die Hoffnung aufkommen, daß die Deutschen in Stadt und Land sich durch keinerlei Verleumdungen des Blocks irreführen lassen werden. Man hat sich bereits gründlich davon überzeugt, daß die Vertreter der polnischen Listen bei all ihren Versprechungen nur auf Stimmenfang ausgehen, was aber in böser Stunde arg im Stiche lassen.

Am Sonntag, den 15. dies. Mts. fand in Wilhelmswald eine deutsche Wahlversammlung

statt. Herr Gustav Ewald aus Lody erläuterte den Versammelten die Bedeutung der Wahl zum Sejm und Senat. Redner führte aus, daß die Beteiligung an den Wahlen eines der ersten Rechte der freien Staatsbürger sei. Unser völkisches Interesse verlangt es, daß jeder Deutsche seiner Wahlpflicht unbedingt nachkomme und daß er für die deutsche Liste Nr. 16 stimme. Redner sprach auch über die Wahlordnung, die eigens dazu geschaffen wurde, uns zu knebeln. Dadurch sei der Minderheitenblock eine Notwendigkeit für uns geworden. Redner entwickelte vor den Zuhörern ein Bild der politischen Lage des Staates und charakterisierte die beiden politischen Richtungen, die durch den Staatschef Pilsudski einerseits und den Reaktionsär Korsantj andererseits vertreten werden. Redner wies darauf hin, daß am 5. und 12. November keine deutsche Stimme dem Minderheitenblock verloren gehen dürfe. Als zweiter Redner ergriff Herr Oskar Pulgrabia aus Lody das Wort. Er wies darauf hin, daß die Minderheiten in Polen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden, daß sie ihrer Rechte beraubt werden und nur dann als gleichberechtigte Bürger behandelt werden, wenn es sich um die Erfüllung der Pflichten wie Steuerzahlen, Militärdienst und dergl. handelt. Redner erinnert an die Opfer an Gut und Blut, die die deutschen Bürger Polens im Jahre 1920 zur Rettung ihres Vaterlandes darbrachten. Damals hat man nicht danach gefragt, ob jemand Deutscher, Jude oder Pole sei; zum Kanonenfutter war jeder gut genug. Wir dürfen auf keinen Fall gestatten, daß unsere Rechte schmälert werden, deshalb müssen wir alle wie ein Mann für die Liste 16 stimmen, deren Kandidaten sich den Kampf um unsere Rechte zum Ziele gesetzt haben. Der Sieg des Minderheitenblocks wird der erste Schritt sein auf dem Wege zur Beseitigung des nationalen Hasses und des friedlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens aller Völkerschaften Polens.

Beide Redner machten auf die Versammelten einen tiefen Eindruck, Alle Anwesenden waren sich dessen bewußt geworden, daß nur der Minderheitenblock ihnen den nötigen Schutz vor Uebergriffen gewähren wird.

Nach dieser Versammlung begaben sich die beiden Lodzer Redner nach Grünberg, wo gleichfalls eine Wahlversammlung stattfand. Herr Ewald wies u. a. auf die große Kulturarbeit, die unsere Vorfahren in diesem Lande geleistet haben, und die wir weiter leisten, hin. Herr Pulgrabia richtete einen Appell an die Versammelten, worin er sie aufforderte, geschlossen in den Kampf für unsere Sache einzutreten. Die zahlreich besuchte Versammlung nahm die Ausführungen beider Redner mit lebhafter Genugtuung auf.

Am Sonntag fand in Sobieszynki eine Vorwahlversammlung statt, zu welcher die Herren Robert Dickow und Oskar Seidler vom Zentralwahlkomitee delegiert waren. Eröffnet wurde die Versammlung von Herrn Julius Streckenbach, welcher als ersten Redner Herrn Oskar Seidler das Wort erteilte. Nachdem dieser Redner den Zweck des Zusammenschlusses der Minderheiten für die bevorstehenden Wahlen erklärt hatte, ergriff Herr Robert Dickow das Wort, um die Zuhörer mit dem Wahlmodus bekannt zu machen, wobei er ihnen einschärft, geschlossen für unsere Liste zu stimmen, da wir nur dann zum Wohle unseres Staates werden wirken können, wenn wir eine genügende Anzahl Vertreter im Sejm haben werden. Zum Schluß wurde ein Wahlkomitee aus folgenden

Herren gebildet: Julius Streckenbach, Johann Kuzner, Martin Paduch, Gottlieb Günther und Emil Siebert. Auf der Rückreise nahmen die Lodzer Vertreter Gelegenheit, in Blaszkı mit den dortigen Vertretern der Deutschen fühlung zu nehmen. Herr Adolf Schulz übernahm die Organisation der dortigen Deutschen.

Am Sonntag, den 15. Oktober, begaben sich im Auftrage des Zentralwahlkomitees die Herren August Ulla aus Lodz und Rudolf Drews aus Pabjanice zu einer Wahlversammlung nach Zelow. Die Versammlung fand auf dem Hofe der Fabrik des Herrn Lewi statt. Der geräumige Hof war fast ganz mit Menschen gefüllt. Da an der Versammlung Deutsche, Juden und Tschechen teilnahmen, die nicht alle die deutsche Sprache beherrschten, wurden die Reden in polnischer Sprache vorgetragen. Die Versammlung eröffnete Herr Niewieczal und erteilte Herrn Drews das Wort. In einer sachlichen, klaren Rede erläuterte der Redner die Notwendigkeit der Bildung des Minderheitenblocks, wies darauf hin, daß der Block zum Schutze der uns durch die Konstitution garantierten Rechte gegründet wurde, da die Wahlordnung den Grundfäden der Konstitution widerspricht. Zur Gründung des Blockes haben uns unsere Gegner, die heute solch ein Geschrei gegen den Block erheben, gewonnen. Gerade als Bürger des polnischen Staates dürfen wir nicht zulassen, daß das Recht mißachtet und umgangen werde.

Als zweiter Redner trat der Kandidat der Wahlkreise Lodz—Land, Herr Ulla, auf. Er wies darauf hin, daß wir vor großen über unsere nächste Zukunft entscheidenden Tagen, dem 5. und 12. November, stehen. Alle Bürger Polens, in deren Händen eigentlich die Staatsgewalt liegt, sollen Männer wählen, die die Verwaltung unserer Heimat übernehmen sollen. Wer in diesem Moment gleichgültig bleibt oder gar an den Wahlen keinen Anteil nehmen wollte, der würde dadurch zeigen, daß er nicht in einem freien Staate lebt, sondern unter einer Krutenherrschaft gehet. Eine Politik wird schon für die Tragen, Gleichgültigen, Schwächlichen, Kriechen, aber auch für die Mutlosen und Verzweifelnden geübt. Die uns benachteiligende Wahlordnung, die nur ausgeübten Absichten Vater Dulostawski und seiner Anhänger, die Hege eines „Rozwój“, „Kujer Rozwój“ und anderer chauvinistischer Diktator zeigen uns klar und deutlich, daß man Polen zu einem katholisch-polnischen Nationalstaat machen will, und alles, was nicht polnisch, ist noch mehr, nicht reaktionär-nationalistisch ist, soll unterdrückt, zum Schweigen gebracht, entnationalisiert werden oder das Land räumen. Diefelbe Hege, die vor mehr als einem Jahrhundert Polen zum Fall gebracht hat, hat jetzt schon unsere Heimat im Innern geschwächt, im Auslande diskreditiert und das Vertrauen zu uns untergraben. Gerade als vernünftige Bürger Polens müssen wir die er verderblichen Hege und diesen schändlichen Absichten eine gemeinsame, geschlossene Front gegenüberstellen. Alle völkischen und religiösen Minderheiten in Polen müssen gerade jetzt alle ihre Kräfte mobilisieren, um zu beweisen, daß wir für unsere Rechte einzustehen verstehen, daß uns unsere Muttersprache, der Glaube und die Sitten unserer Väter teuer sind. Wenn wir nur einsig sein werden, dann werden wir auch stark sein und, verliert mit der vernünftigen Mehrheit des polnischen Volkes, werden wir es dahin bringen, daß Polen, Deutsche, Juden, Ruthenen, Weißrussen u. a. friedlich und brüderlich nebeneinander in den Grenzen des polnischen Staates wohnen. sich gegenseitig achten und unterstützen werden. Nur auf diesem Wege kann Polen die Herzen der Minderheiten ganz und voll für sich gewinnen und sie dauernd an sich fesseln.

Dann wandte sich der Redner an die tschechischen (evang. reformierten) Bürger Zelows und der Umgebung mit dem Antrag, sich dem Minderheitenblock anzuschließen, da sie nur bei uns Verständnis und Unterstützung in allen nationalen und religiösen Fragen finden werden. Wenn sich die Versammelten heute dem Block anschließen und am 5. und 12. November für die Liste 16 stimmen werden, so gibt ihnen Herr Ulla öffentlich das feierliche Versprechen, daß der Minderheitenblock sie in jeder Hinsicht in Schutz nehmen und unterstützen wird. Darauf versprachen alle, sich dem Block anzuschließen und für Liste 16 zu stimmen.

An der Versammlung nahmen auch viele Polen teil und versuchten dem Redner zu widersprechen; sie wurden jedoch durch die Anführung von Tatsachen und Beweisen geschlagen und zum Schweigen gebracht. Einer der polnischen Redner gab am Ende Herrn Ulla ganz und voll recht und fand es für ganz selbstverständlich und richtig, daß die Minderheiten um ihre Gleichberechtigung kämpfen und sich zusammenschließen, meinte aber, dieselben Rechte müßten auch die Polen in Deutschland und anderen Ländern haben. Darauf erwiderte Herr Ulla, daß er ganz und voll dem Gesagten zustimme und im Geiste dem polnischen Redner und allen seinen Gefinnungsgenossen die Hand reichen und mitarbeiten wolle, daß das Nationalitätenproblem in allen Staaten gelöst werde, was viel zur Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Glückes der Menschheit beitragen wird. Herr Niewieczal erklärte sich im Namen der tschechischen Arbeiter mit dem Beitritt zum Block einverstanden, da, wie Herr Ulla erklärt habe, der Block den Arbeitern gegenüber gerecht war und ihnen 3 Kandidaten gestiftet habe. Es wäre aber durchaus notwendig, daß einer dieser Arbeiterkandidaten nach Zelow käme und eine Versammlung abhalte. Herr Ulla versprach diesen Wunsch dem Wahlkomitee zu übermitteln und dafür zu sorgen, daß Herr Krowis oder Herr Jerde zu einer Versammlung nach Zelow komme.

Die Reden sowie auch der ganze Verlauf der Versammlung machten auf alle Anwesenden sehr guten Eindruck. In bester Ordnung und bei voller Anwesenheit aller Teilnehmer löste sich die Versammlung auf. Sogar die Polen meinten, daß unter den vielen Wahlversammlungen in Zelow dies die beste und lehrreichste war. Die Redner hielten nicht und beleidigten niemanden, wie es die verschiedenen polnischen Parteien machen, sondern verteidigten nur sachlich ihre Bestrebungen und brachten alle Versammelten Aufklärung nach möglichem Wissen.

In der Pfarrgemeinde Brazuchn fand am Sonntag eine Vorwahlversammlung statt. Um 10 Uhr selbst nach dem Gottesdienste versammelten sich die Bewohner aller umliegenden Dörfer, viele Hunderte an der Zahl, um den Ausführungen der Redner zu lauschen und sich über die Wahlen in den Sejm und Senat informieren zu lassen.

Eröffnet wurde die Versammlung durch Herrn Friedrich Furr mit einer kurzen Ansprache, wonach Herr Karl Weigelt vom Lodzer Zentralwahlkomitee das Wort zur ausführlichen Erklärung über den Zweck des Zusammenschlusses der Minderheiten für die Wahlen ergriff. Redner machte die Anwesenden auf die Gefahren aufmerksam, die uns drohen, wenn nicht alle stimmberechtigten Männer und Frauen an den Wahltagen sich der Mühe unterziehen würden und ihre Stimme für den Minderheitenblock abgeben, um eine unserer Zahl nach zukommende Anzahl Abgeordnete in Sejm und Senat schicken zu können. Er sagte, daß wir ohne Furcht für die Liste des Blockes stimmen müssen und auch

vor Drohungen nicht zurückweichen brauchen. Auch Versprechungen von anderer Seite kann uns nicht davon abhalten, für Nr. 16 zu stimmen, da unsere Interessen nur unsere deutschen Vertreter verteidigen können. Herr Basioc Friedenbera erwähnte die Versammelten in christlicher Liebe, ohne Haß zu den Andersdenkenden sich für die Wahlen vorzubereiten und alle Schmähungen und Unterdrückungen geduldig hinzunehmen bis sich unsere Mitbürger überzeugt haben werden, daß wir treue Bürger unseres Staates sind und mit unseren Nachbarn anderer Richtung an dem Aufbau des Staates zum Wohle aller Bürger tätig mitwirken wollen, ohne Vorrechte zu genießen, sondern als gleichberechtigte Bürger eines Staates. Die Versammlung war diesmal von einer sehr großen Anzahl Frauen besucht, welche nicht wenig zum Gelingen der Wahlen beitragen werden.

Das Deutsche Zentralwahlkomitee beauftragte die Herren Johann Otto Schmidt und Rudolf König die Wahlaktion im Wahlkreise 26 (Lublin, Chelm, Lubartow) zu organisieren. Die beiden Herren begaben sich gestern nach Lublin, von wo aus sie den ganzen Wahlkreis bereisen werden. Genannte Herren werden nach Möglichkeit in allen Ortschaften mit deutscher Bevölkerung Wahlversammlungen abhalten und die dortigen Deutschen über den Minderheitenblock aufklären.

Dem wahrenthentlichen Ausschere zufolge, hat die Zentrale des weißrussischen Wahlkomitees in Wilna einen Protest gegen das Verhalten der polnischen Behörden veröffentlicht. Am 27. September fanden die Behörden mit Waffengewalt eine Wahlversammlung in Baranowitsch aufeinanderzugeschlagen.

Wer mit Anwendung von Gewalt oder Drohungen einem polnischen Bürger die Ausübung seines Wahlrechts oder die Abstimmung unmöglich macht, unterliegt nach der Wahlordnung einer Strafe von mindestens sechs Monaten Gefängnis oder einer Festungshaft bis zu fünf Jahren.

Wer absichtlich ein falsches Ergebnis der Wahlen herbeiführt oder aber das Wahlergebnis fälscht, unterliegt einer Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu drei Jahren. Wenn sich der Fälschung eine Person schuldig macht, die zum Einsammeln der Karten usw. oder aber auch zur Ausübung einer anderen Tätigkeit bei der Ausübung der Wahlen nicht berechtigt war, so unterliegt sie einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren, wobei gleichzeitig auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Wer öffentlich die Stimme eines Wählers kauft oder verkauft, unterliegt einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren. Auch hierbei kann auf Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Ein Beamter, der seine Stellung zu unerlaubten politischen Agitationen mißbraucht, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

Wer einen Wähler an der freien Wahl eines Sejmabgeordneten verhindert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Falls aber ein Beamter sich dieses Vergehens schuldig macht, so unterliegt er einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren.

Wer einem Wähler an der freien Ausübung seines Wahlrechts verhindert, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Derselben Strafe unterliegt auch ein Wähler, dem Bestechung nachgewiesen wird.

Behinderungen von Vorwahlversammlungen unter Anwendung von Gewalt und Drohungen, Beschädigungen von Wahllokalitäten usw. werden mit Gefängnis von einem bis zu drei Jahren

bestraft; falls die Ruhestörer jedoch bewaffnet waren, so kann auf eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Jahren erkannt werden.

Für Fälschungen von Wahldokumenten ist eine Strafe von ein bis zu drei Jahren Gefängnis vorgesehen.

Der Generalwahlkommissar übersandte der Bezirkswahlkommission ein Schreiben, in welchem darauf aufmerksam gemacht wird, daß ein jeder Wähler nur persönlich wählen darf. Wähler, die blind, stumm oder lahm sind und das Wahlrecht ausüben wollen, müssen persönlich zur Wahlurne schreiten und können nicht durch andere Personen vertreten werden.

Die Bezirkswahlkommissionen werden die Wählerlisten noch 5 Tage zur Einsichtnahme auslegen und zwar vom 30. d. M. bis zum 3. November. Diese Auslegung der Listen unterscheidet sich von der ersten dadurch, daß keine Einsprüche mehr angenommen werden, da Änderungen in den Listen nicht mehr zulässig sind. Ausnahmen bilden nur: 1. Fälle, in denen ein Urteil des höchsten Gerichts vorgelegt wird, daß die fraglichen Wähler absichtlich ausgelassen oder ohne Grund gestrichen, oder aber ungehörig in die Listen eingetragen worden sind; 2. Fälle, in denen der amtliche Totenschein des Wählers vorgelegt wird. In diesen Fällen haben die Bezirkswahlkommissionen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Änderungen vorzunehmen. bip.

Im Sinne der Wahlordnung wird kein Bürger zum Wählen hinzugelassen, der nicht in die Listen eingetragen ist. Nur einer besonderen Art von Wählern gegenüber dürfen Ausnahmen gemacht werden, und zwar: beim Wahlkommissar, bei den Kommissionsmitgliedern, den Vertrauensmännern und den in den Räumen der Kommission diensttunenden Schulanten. Die genannten Personen können in dem Bezirk, in dem sie tätig sind, wählen, auch wenn sie dort nicht in die Listen eingetragen sind. Zu diesem Zweck müssen sie der Kommission, der sie zugeteilt wurden, eine Bescheinigung der Kommission, in deren Bezirk sie in die Listen eingetragen sind, vorlegen, daß sie dort nicht wählen werden. Unter den Schulanten sind diejenigen Personen, die zur Sicherheit der Kommission bestimmt wurden, zu verstehen, d. h. nicht nur diejenigen, die im oder vor dem Lokal selbst Dienst tun, sondern auch die Reserve der Staats- und Kommunalbeamten, denen der Schutz der Wahlkommission anvertraut wurde. Selbstverständlich sind Militärpersonen, die im aktiven Dienst stehen, ausgenommen, da sie kein Recht zum Wählen haben. (bip.)

Die Wählerlisten werden vom 30. Oktober bis zum 3. November nochmals in den Lokalen der Bezirkswahlkommissionen ausgelegt sein.

Die Wahlbewegung in Wolhynien.

Am Dienstag, den 10., und Mittwoch, den 11. Oktober, hielt Herr Otto Somschor aus Warschau in Sinno, Gemeinde Tucyn, und Horodyszczka Kamienka, Gemeinde Budwipol, Kreis Rowno, Vorwahlversammlungen ab. Sie waren zahlreich besucht und zeigten von dem großen Interesse, das die deutsche Bevölkerung jener Orte den Wahlen entgegenbringt. Es wurde beschlossen dafür Sorge zu tragen, daß alle deutschen Wähler, Männer und Frauen ohne Ausnahme, zu den Wahlen gehen und ihre Stimme für die Liste 16 abgeben sollen. Ferner betrachteten die Versammelten es als ihre heilige Pflicht, auch jene deutschen Wähler zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen, die bis jetzt noch wenig von ihnen gehört haben, und zu denen es unmöglich ist, hinzukommen und Versammlungen abzuhalten.

Wachet auf! ruft euch die Stimme
Des Wächters von der hohen Blau,
Wacht, Deutsche, auf im Polenland!
Die ihr an der Rege hanset
Und wo durchs Tal die Weichsel brauset
Und wo uns grüßt der Barthe Strand.
Zeigt euch der Väter wert,
Scheucht von der Heimat Herd
Die Hyäne!*)

Die **16** sei

das Feldgeschrei
der deutschen Minderheitspartei!

*) Chł-ję-na (Block der deutschfeindlichsten Parteien Polens).

Am Donnerstag, den 12. Oktober, fand in Tuczyn eine Vorwahlversammlung statt, an der die Deutschen aus Tuczyn, Tucyn, Amelia, Adie-Palske, Bielona, Antoniew und Miespodzianka teilnahmen. Die Versammelten beschloßen dafür zu sorgen, daß keine deutsche Stimme verloren gehe, sondern alle für die Liste 16 abgegeben werden. Nach einer längeren Ansprache des Herrn Otto Somschor wurde ein Komitee gewählt, das aus folgenden Herren besteht: Ferdinand Solz, Karl Fiebig, Gustav Arendt und Albert Arendt, sämtlich aus Tucyn, Hillmann Andreas-Antoniew, Hultsmann Gustav-Amelin, Emil Arendt-Rowno.

Am 2. November findet abermals eine große Versammlung in Tuczyn statt, an der sich alle Gemeinden jener Gegend beteiligen werden.

Am 15. September fand in Kamien, Kr. Cholm, eine große Vorwahlversammlung statt. Es waren folgende Gemeinden vertreten: Olintowa, Storkolow, Krocyn, Ignatow, Kamien, Cholm, Rudolfin, Gotuwka Besniejowa, Karolinow, Janow, Teofin, Puszkia, Bielia. Herr Somschor aus Warschau hielt eine längere Ansprache, worauf einstimmig beschlossen wurde, für die Liste 16 zu stimmen. Darauf wurde ein Komitee gewählt, das aus folgenden Herren besteht: Wegert aus Gotuwka, Rynas-Teofin, Konecki Ruda, Bergmann, Cholm, Schulz, Stordian, Ostrowski-Krocyn, Karan Kamien, Schön-Sycow, Ramenz-Rostola, Klann-Janow, Jedan-Karolew, Müller-Puszkia und Schulz-Spaatow. Diese Herren bilden das Zentralwahlkomitee für den Wahlkreis Sablin, Chelm, Lubartow mit dem Sitz in Cholm.

Am 16. Oktober hielt Herr Otto Somschor in Dubeczno, Kr. Błodawa, eine Vorwahlversammlung ab. Es waren die Gemeinden Dubeczno, Wjazbow, Kulejyn-Wjazban und Wojciechow vertreten. Nach einer eingehenden Ansprache des Herrn Somschor beschloßen diese Gemeinden einstimmig, ihre Stimmen für 16 abzugeben und dafür zu sorgen, daß auch die Abwesenden daselbst tun. Es wurde ein Komitee aus folgenden Herren gewählt: Joh. Fellberg, Karof, Kräger, Seidler, Wolffe, Engel, Dill, Rikaz, Flömer und Ditt. Dieses Komitee schließt sich dem jüdischen und ukrainischen Wahlkomitee an.

Noch am 16. Oktober nachmittags fand in Cychom, Kreis Cholm, eine von Herrn Somschor Warschau veranstaltete Vorwahlversammlung statt. Es waren die Gemeinden Cychom und Belesza vertreten. Das gemeinsame Vorgehen im Wahlkampf

mit den Ukrainern und Juden wurde hier sehr freundlich aufgenommen, da gerade diese im Kriege sehr schwer mitgenommenen Gegend auch noch heute besonders schwer unter dem Druck der Ortsbehörden zu leiden hat. Es wurde beschlossen, dafür zu sorgen, daß auch nicht eine deutsche Stimme für 16 verloren gehe. Daraufhin wurde ein Komitee aus den Herren Richter, Rosin, Lewis und Lindner gebildet, das im Einvernehmen mit dem deutschen Komitee Cholm-Kamien die Wahlen leiten wird.

Der „Glos Evangelicki“ — ein schlechter Berater der Evangelischen.

In der letzten Nummer des „Glos Evangelicki“ finden wir einen „Die Evangelischen und die Wahlen“ überschriebenen Artikel, in welchem dieses Blatt als Heilmittel gegen das den Evangelischen in Polen in letzter Zeit zugefügte Unrecht empfiehlt, bei den Wahlen die Stimme für die Nr. 10 (Warscheller) die Bitte der polnischen demokratischen Staatsunion, abzugeben.

In dem Artikel erwähnt der Verfasser die Versuche des Paters Batoławski und des Bischofs Teodorowicz, die evangelische Kirche als untergeordnete Religionsgemeinschaft hinzustellen, und schreibt, daß es lediglich der Demokratie des Sejm zu verdanken war, daß die Evangelischen nicht benachteiligt wurden.

Der Artikelschreiber stellt weiter fest, daß die polnischen Protestanten bei den ersten Sejmwahlen für die national-demokratische Partei ihre Stimmen abgegeben haben. Jetzt sei dies nicht mehr möglich, weil auf der Liste Nr. 3 kein einziger Protestant verzeichnet sei. Alle möglichen Leute, — sogar ein Hauswächter sei darunter — ständen darauf, nur die Evangelischen seien gänzlich übergangen worden.

Also Übergangen wurden die Herren evangelischen Polen? Man wollte sie nicht mehr als Parteigenossen der Nationaldemokraten haben? Man hat also erkannt, welche „aufbauenden“ Kräfte die Herren H. Bursche und Genossen darstellen, welche Kräfte sie einer Partei einbringen, welche Zugkraft sie für eine Liste besitzen?

Man hat diese Herren übergangen? Man will nichts mehr von ihnen wissen. Also sind sie keine Polen? Werden also nicht als Polen anerkannt? Sind ein Zwischending, trotz der Orden und Medaillen für die Polonisierungsarbeit in der evangelischen Kirche?

Ja, ihr Herren Bolschewiken! Traurig steht es nun um Euer Polentum. Die Nationaldemokratie, für die ihr durch die und büna ginget, verweigert Euch nunmehr das Patent eines guten Polen.

Da man euch im Lager eurer gestrigen Freunde nicht mehr duldet, sucht ihr anderwärts Anlehnung. Ihr sucht das Heil in der Liste Nr. 10. Wie sieht diese Liste aus?

Für den Sejm kandidieren:

1) Dr. Bulowiecki Stanislaw, früherer Justizminister, Präses der Generalstaatsanwaltschaft; 2) Ciembroniewicz Josef, Älterer Referent im Landwirtschaftsministerium; 3) Machlej Józef, früherer Pastor und Vizepräsident der konstituierenden Synode der evangelisch-angsbürgischen Kirche; 4) Surzycki Stanislaw, Direktor der Starachowicer Werke; 5) Dr. Sterling Kazimierz, Rechtsanwalt; 6) Męczyńska Teodora, Viktatorin der Mittelschulen; 7) Czaji Tytus, Redakteur des „Glos Inteligencji“; 8) Szwed Józef, Präses des Kirchenkollegiums der Warschauer evangelisch-angsbürgischen Gemeinde.

Für den Senat: 1) Ra. Julius Bursche, Generalsuperintendent der evangelisch-angsbürgischen Kirche; 2) Tollejko Budwit, früherer Post- und

Telegraphminister; 3) Iwanowski Jerzy, Bankdirektor, früherer Minister; 4) Stanislaw Janicki, Gutbesitzer.

Auf der Sejmliste steht somit ein Evangelischer an dritter Stelle. Wenn die Liste der demokratischen Staatsunion einen ihrer Kandidaten, also den ersten durchbringt, so ist dies alles, was möglich ist. Einen Senator für die Warschauer Wojewodschaft durchzubringen, ist nach den dortigen Verhältnissen ganz ausgeschlossen.

Die evangelischen Polen bleiben somit gänzlich ohne Vertretung, ihre geistigen „Führer“ benützen sie nur als Stimmvieh für ihre polnischen Parteifreunde!

Das sollen unsere Volksgenossen bedenken, an die Herr Burche und die Leute des von ihm gegründeten Evangelischen Wahlkomitees sicher mit süßen Werbemotiven herantreten werden! Weber von den polnischen katholischen Parteien noch von der pseudo-evangelischen Liste 10 der „Unja Państwowa“ wird die Sache der Evangelischen im Sejm und Senat vertreten werden. Dies werden einzig und allein unsere Abgeordneten von der Liste Nr. 16 sein, für die alle Evangelischen Polens am 5. und 12. September stimmen müssen und auch stimmen werden, falls sie nicht das Schicksal der „Warschauer“ erellen soll, die, trotz ihres Verrats, bei dem „Herrenvolk“ keine Aufnahme finden.

L. K.

Das politische Abc.

Von Dr. E. v. Behrens.

II.

In manchen Staaten hat sich auch noch eine andere Abart von Oligarchie eingeführt. Es ist der sogenannte „Bureaukratismus“, das heißt die Herrschaft des Beamtenstandes. Der selige Kaiser Nikolaus I von Rußland, welchem es nicht an gewaltiger Energie und an Eigensinn fehlte, (gest. 1857) klagte laut:

„Die Welt bildet sich ein, daß ich der Alleinherrscher von Rußland bin. In Wirklichkeit ist es anders. Ich, der vermeintliche Despot, bin vollständig machtlos meinen 10 000 Tschinowniks gegenüber, welche tatsächlich in meinem Reiche das Regiment führen!“

Eigentlich sind aber solche Staaten, wie es Rußland, das alte Römische Kaiserreich, das Kaiserthum Napoleons, die Türkei und viele andere große Reiche gewesen, ein Beispiel einer Staatsordnung, welche man „Prätorianertum“ zu nennen pflegt. Das lateinische Wort Prätorianer bedeutet: militärische Garde. Die heutigen Beherrscher des sogenannten „Sowjetrußlands“ regieren das ausgehungerte Russenvolk heute auch nur mit Hilfe ihrer „Roten Garde“ genau in derselben Weise wie einst ein Kaiser Nero von Rom es getan hat. Beide vertreten sie die Tyrannenherrschaft des Prätorianertums, obwohl Nero sich einen „lebendigen Gott auf Erden“ betiteln ließ, Lenin—Uljanow, Trotzki—Bronnstein und Genossen sich dagegen nur „Vertreter ihrer befreiten kommunistischen Volksgenossen“ nennen lassen.

Das auf militärische Kraft sich stützende Staatswesen bringt dem Volke ebensowenig Glück, wie die Herrschaft der Aristokratie, der Plutokratie oder der Theokratie. In den südamerikanischen Republiken ist es seit 100 Jahren Mode, daß irgend ein wagehalsiger Offizier mit einem Duzend seiner Kameraden und etlichen Soldatenbataillonen eine Verschwörung anstiftet und urplötzlich in dunkler Nacht den Präsidenten und die Minister verhaftet und niederschießt, das Parlament auseinanderjagt und dann sich selber „im Namen der zu rettenden Freiheit des Volkes“ an die Spitze des Staates stellt. Dieses heißt ein Pronunziamento und wiederholt sich in Mexico, Peru, Paraguay, Uruguay, Brasilien, Venezuela, Haiti usw. jede paar Monate. Die

Herren „Volksbefreier“ stellen ihre politischen Gegner vor das Landesgericht, füllen sich ihre Taschen aus dem Staatskassenschatz und suchen das Weite oder auch werden vom nächsten „Volksbefreier“ erdroffelt. Ungeheure Staatsschulden und allgemeiner Ruin des Landes, Unsicherheit des Lebens und der Habe sind die Folgen der Wirtschaft der Soldateska in solchen unglücklichen „Freistaaten.“

Mit sehr wenigen Ausnahmen sind nach dem letzten Weltkriege alle Staaten auf Erden zu Republiken geworden. Im Gegensatz zur Monarchie soll ein republikanischer Staat gleichmäßig von allen Bürgern desselben verwaltet werden, nicht aber von einer einzigen gekrönten Person (einem erblichen Dynasten). Das lateinische Wort Respublica heißt eigentlich zu deutsch „die gemeinjamte Sachswaltung“. Aus den oben angeführten Beispielen haben wir es zur Genüge gesehen, daß wohl die meisten Republiken unserer Zeit beileibe nicht so regiert werden, wie es der Sinn ihrer auf dem Papier sehr schön und gerecht aufgesetzten Staatsverfassungen erheischt. Es sind zumeist die ehrgeizigen und gewissenlosen Oligarchen, — also die Reichen, die in den Staatsämtern eingemischt, die mit Waffen ausgerüsteten oder die auf den Aberglauben der Volksmasse einwirkenden Leute, Klassen, Gruppen oder Verbände, welche durch Gold, durch Einschüchterung (Terror) oder auch durch andere ähnliche Mittel den freien Willen der Mehrheit der Bürger vergewaltigen, das Ruder des Staatsschiffes an sich reißen und dann auf Kosten der Steuerzahlenden Mitbürger sich immer mehr bereichern. In den meisten Staaten sehen wir ein buntes Gemisch von diesem Oligarchenunfug, welcher jeglicher republikanischen Gerechtigkeit spottet. Sieht man sich heute das Staatsleben zum Beispiel in Nordamerika an, so findet man es bald heraus, daß auch dort 120 000 000 Bürger eigentlich von wenigen Königen der Börse geknechtet werden. Es gibt einen Stahlkönig, einen Kohlenkönig, einen Forstkönig, Naphthakönig, Haferkönig, Zuckerkönig usw. Die ungekrönten Dynasten, welche die weitberühmtesten Namen Vanderbilt, Rockefeller, Morgan, Ford, Carnegie usw. führen, sind tausendmal mächtiger als irgend ein gekrönter König von heute. Der Erz-Milliardär Morgan, z. B. hat in seinem Lohne nicht weniger als 18 Vizepräsidenten stehen, deren Gehalt das 10fache eines Königs von Norwegen oder von Dänemark ausmacht! Von Direktoren und Hauptdirektoren nicht zu erwähnen. . . . Will man sich das politische Leben in Frankreich näher ansehen, so findet man es bald heraus, daß dort ein paar hundert Politikerfamilien alle Sitze im Parlament und in den Ämtern sich angeeignet haben und mit Hilfe des Großkapitals und der großen Zeitungen 40 Millionen ihrer Mitbürger seit Jahrzehnten nasführen und ausplündern. Ein Gemisch von Plutokratie und Bureaukratie knechtet die Freiheit des französischen Volkes.

Auch in solchen Ländern, wie England und in fast allen anderen Königreichen Nord- und Südeuropas geht es ziemlich in derselben Weise zu. Diese Königreiche hörten längst auf, wirkliche Monarchien zu sein. Es sind lediglich Zerrbilder von Republiken schlechter Sorte, wo die Oligarchen die eigentlichen Herren sind und aus praktischen Zwecken es noch einseitigen vorziehen, einen erblichen Präsidenten mit Krone, Szepter und einem schönen alten Titel (zwecks leichter Knechtung der Volksmasse) auf Unterhalt zu behalten.

Die wirkliche Republik erfordert jedoch Gerechtigkeit und Gleichheit aller Bürger des Staates ohne Ausnahmen, ob reich oder arm, ob nobel oder nicht. Dieses hohe Ideal kann nur dadurch erzielt werden, wenn die Bürger der Republik sich ständig und mutig zu jeder Stunde zum Schutze der sogenannten Demokratie stellen. Demokratie ist auch ein altgriechisches

Wort und bedeutet die Herrschaft des (gesamten) Volkes. Das ganze Volk ohne Ausnahme, ob Mann oder Weib, soll täglich und ununterbrochen an der Verwaltung aller staatlichen Angelegenheiten persönlich teilnehmen. Da diese Bürgerpflicht uns und unseren Kindern gegenüber von ganz gewaltiger Wichtigkeit ist und doch hierzulande etwas ganz Neues für uns, die wir gestrige „Untertanen Seiner Majestät von Gottes Gnaden“ sind, bildet, so will ich sie besonders eingehend besprechen. Die tägliche Pflicht eines wahren Demokraten im politischen Privatleben und seine Wählerpflicht im politischen Parteileben will ich hier eingehend besprechen.

Fortsetzung folgt.

Of' plattdütsch Eck.

Plattdütsch Leew' o plattdütsch Trug
höllt in Ehre Mann o Frug.
Plattdütsch Luft o plattdütsch Sang
heit 'ne helle schöne Klang.
Plattdütsch Red' o plattdütsch Woot
paßt to jede Tied o Oot!
Drüm will ick, so lang ick lew'
O de Odem va mi gew',
Plattdütsch Wesen ehr' o achte
O va Harle donau trachte,
Dat of' prächtig plattdütsch Oort
Bet an'e jüngste Dag ek wohrl!

(Ut „Nah plattdütsch Richt“
va Friedr. Cammin.)

Wir bringen heute eine Geschichte in der sogenannten holländisch-plattdeutschen Mundart, die hier in Polen von unseren deutschen Landbewohnern der Weichselniederung gesprochen wird.

Dat Heest¹⁾ op de Kamp²⁾ ane Wisel.

En oll Geschicht, de seck werkligh todroge hatt.

Dat wee ene Johre 18 . . . , as dat schmock Döörp Kamp noch en groot Höding had, de seck ad de Wisel va enem En bet ad aned En dem Döörp hentrock. De Höding, de ma Kamp heet, wee sehe rick a Wede, davan ma Kjarw mook. Jed' anstan'g Bewohne op dem Döörp vastun de Karwflechterig. Wee 's nech vastunn, na de wee ewent kee Kampbewohne, gewöhnlich van'e Höcht o word ok „Kroschkechjuare“)“ namt.

Dig schmock Kamp, de dat Döörp had, had am böwesaje En e staak heest, dat met schmocke runne Steen beiaigt wee. Nech emesjes säde oef' Kampse Lüde: „Dat böwesaj En es met Kede o Kordels abuune o dat unesaj En hängt am Sieddroht“. Da de Kamp to d' algemeen Höding deend, wee ok kee Wunne, wenn jed good Döörpbewohne sehe veel Veh höld, o we keen had, de höld seck en'e Weed ju'saje Kracke, o ehe e Graske ut de Sed em Frühjohe herutkam, oreew he 's op de Höding, om dat op de Döörpkoste todere loote. Kee Wunne, wenn seck de Kohhades hereme schloge o so 'e Stritt lesche eh wee, as lesche de haves Abraham's o Loty. Oef' Lüdkes weere ok so kloog wie Ohm Abraham en'e Bibel, se säde: „Wurem säle seck oef' Kohhades striede o schloene? Am legie En zank wi os ok, o dat kann nach koome, dat wi os noch de Boerts ulrie ware, wie hentreck Hein siene Brode. Kaile op'e Meegetkning“) bum olle Wette, wo seck de

1) Ein aus Holz- oder Reisigwerk mit Steinen belegter Einbau in den Fluß zur Sicherung des Ufers.

2) Angeschwemmtes Feld mit fruchtbarem Boden.

3) Kroschkeboom wird ein Feldbirnbaum genannt.

4) Mairechnung. Alljährlich im Mai findet gewöhnlich eine Zusammenkunft der Dorfbewohner statt zwecks Berechnung der Steuern, Verpachtung der Jagd und Sicherung und Selbststellung sonstiger Gemeindepflichten.

Und wenn die Feinde gleich den Raben
krächzen,
Wir wählen alleamt die Riste

Gedezehn.

beede Bröde an'e Boerte bet an'e Groowe trocke,
wo de ez rood (schrie): „Gew mi af, wat du mi
schull'g best!“ Es denn kee Root do? . . .

Endlich fund seck ee, de säd: „Loot' os de
Kamp deele! We bowe well, wo de Kamp met
Kordels“) o Kede abunne es, de kann ja na
bowe gohne!“ Mooke de Kohhades so 'ne Laam
wie en'e Bibel de Hades va Abraham o Loth,
so mooke de olle Bure dat so, wie de Schildbör-
ger, de 'e eenem Rothus wulle fenstes mooke, e
jed wull sin Höbing bim Heeft häbe odes de
halft dran.


O nu stredes seck so hereme. Op ee Mool
säd Ohm Welt: „Du Nigmann o Klamme, nehmt
en halft Kamp bowe o een une, o eck nehmt
min bowe va dat, dat eck ju so 'ne Root gam.“ Troh
dem Ohm Welt met sinem Land ad Wihel nech
heranestod, krea he ock e Steck, ok noch do, wo
he mull, bim Heeft o sien andre beede Noobes,
de ehne Lane ok nech ad Wihel stode, krea ok
jede en Kamp, denn se roode (schrien) gleich:
„Wenn de oll Welt hat, mot wi ok häbe!“ —
„Na jo“, säde d' andre, „wenn d' oll Welt kragt,
mot de klee Welt o Holah ok häbe!“

Johre vaginae, as dat groot Margaretewote
ene Schape (Schiffer) ad Land met sinem Kohn
brachd, om seck e bekke Shake (Kartoffeln) keepe.
Tom groote Gleeck weer' e bi Ohm Lang. Sie
kam de Red va d'hem, va janem, ok vam Kamp-
deele. Nu frät de Schape, wie dat kömt, dat de
Dreen-Ensche, d. h. de oll Welt, d' klee Welt o
Holah ok had e Steck Kamp kreege, se reeke ja
met ehne Lane gonech ad Wihel herane

„Het dat so“, säd Ohm Lang, „eck mo' to
minem Noobe Scheerlinke gohne. Nu, as Ohm
Lang tom Noobe Scheerlinke kam, kam, fund
he em bim Walmooke. „Wat makst du?“
frog Ohm Lang, „du schneift ja die ganz
Land ope hupe!“ — „Ne“, säd de, „eck
dam min Schake af.“ — „Lot fräde, lot dem
Woote leewes gohne, ok en' dien Schake, da
ward dat ok en'n Wihel klane. Na lot sene!
Eck wa die wat säge. Na kik ma, wie wi
de Kamp vadeelde, da häw wi gonech dran
dacht, dat de Dree-Ensche met ehne Lane ad
Wihel nech heranestöde o somet ok kee Rächt häbe
echd halt: „Lang, du häst rächt, abes de oll
Welt es doch mie Schwoge, de klee Welt es mie
Gevoter, o Holah hat en schmock Dochte, de well
mie Schwoge Doniel frige, wat kann eck em säge.“

Johre vaginge. Op ee Mool em Frühiohe
had dat Woote am böwefche En dat Heeft vam
Lan to hereme rete, so dat dat Heeft wie en In-
sel utfah. „Utrepereere!“ sädel' alle. Abest Ohm
Gollin, a dem sien Lan dat Heeft lag, säd: „Wenn
ju mi nech dusend Galle gewe, lot eck ju dat
Heeft nech repereere, ok keene Spodem Eed lot
eck nehme.“ Dat ok Ohme Gollin dat Woote
abreet, dat wußt he nech, odes he wall dat nech
weete. De schmocke Steenkes wurde vam Heeft
herunenohme, o nu reet dat Woote dat ganz
Heeft hereme.

Johre vaginge. Ohm Gollin had utlewt, sie

(5 Mit Stricker, Equen. 

Land hade dree andre Bure, o dat Woote reet de
ganz Gollinsch Kamp hereme. De Klammesch
Twölfmorge — Kamp legt ok all ene Wihel, vam
Schoolland es ok ok kee Teeke mehe, de Wihel
es all am Wilhelm Langsche Bugplah. Met ee-
nem Woot, dat En Kamp, dat met Kordels o
Kede abunne wee, es nech mehe t' sehne. Dat
En am Sieddroht, dat es, abes op dat ok nech
et Woote herenerite ward, sal mi wunnere.

B. Scheerlink.

Gingefandt.

Ein feste Burg ist unser Gott.

So sang einst der große Reformator Dr. Mar-
tin Luther und Tausende von lutherischen Christen
haben es ihm in Hunderten von Jahren nachge-
sungen und singen oder leiern es heute noch nach.
Ja, sie singen es zwar mit dem Munde nach,
aber nimmer mit dem Herzen, sonst möchte es
anders in ihren Häusern und Gemeinden ausse-
hen, als es tatsächlich der Fall ist. Wir nennen
uns evangelisch-lutherische Christen, weil wir in
den Gemeindebüchern und in unseren Pässen als
solche eingetragen sind. Aber ich glaube nicht zu
irren, wenn ich sage, daß die Mehrheit von uns
lutherischen Christen falsch eingetragen ist und sich
mit einem falschen Paß behilft. Wenn wir uns
evangelisch-lutherisch nennen wollen, so müssen
wir auch Luthers Lehre und Leben nachahmen,
aber leider, wie sieht es in unseren Häusern und
Familien aus. In ein anderes Herz kann man
nicht hineinklicken, aber in des Nachbarn Woh-
nung kann man wohl einen Blick hineinwerfen.
Ich glaube, daß wir nicht weit zu suchen brau-
chen, um zu finden, wo den Lastern
gefördert wird, die der Apostel Paulus bei den
Galatern anführt, als da sind: Abgötterei, Zau-
berei, Firdschast, Hader, Neid, Zorn, Zank, Zwi-
tracht, Haß, Mord, Saufen, Fressen und derglei-
chen. Diesen läßt sich voraussagen, daß sie das
Reich Gottes nicht erben, wenn sie solches tun
werden.

Trotz der Verschiedenheit der Leute in Alter
und Stand finden wir die Laster, mit geringen
Ausnahmen, sowohl beim Bürger, Bauer und
Handwerker, als auch beim Gelehrten und Pastor.
Ja, wir lutherischen Christen sind oft recht stolz
auf unseren alten Glauben. Aber warum dringt
das Sektenswesen so stark in unsere Gemeinden
ein? Warum treten so viele zu den Baptisten
über? Ich sage, niemand anders ist schuld, als
wir Lutheraner selbst. Als Beweis will ich ein
Beispiel aus unserer Mitte anführen:

Ein junger Landmann aus unserer Nachbar-
schaft, der seit mehr als 6 Monaten von seiner
Frau getrennt lebt und nun hoffen kann, in kur-
zer Zeit gerichtlich geschieden zu werden,
veranstaltete darob erstreit, an einem Sonnabend
einen großartigen Ball. Es wurde geschichtet,
gebraten und gebacken; Freunde, Nachbarn und
Verwandte, wohl über hundert Personen, wurden ein-
geladen, dazu selbstverständlich auch der Kantor und
der Ortspastor. Anfangs gings noch anständig
zu. Die Musikanten spielten, und die Pärchen be-
wegten sich im Takt. Aber nach Mitternacht
waren viele Gäste berauscht und ein Teil völlig
betrunken. So lebte man in den Sonntag hinein.
Das waren keine Baptisten, sondern alles luther-
ische Christen. „Lasset euer Licht leuchten vor
den Leuten, daß sie eure guten Werke sehen,“
sagt unser Heiland. Vielleicht sind dieses auch
gute Werke? Wenn die Baptisten in der Ge-
meinde Gebetsversammlungen abhalten, wird sol-
ches vom Pastor womöglich verhindert. Wenn
jedoch lutherische Christen einen Ball ausrichten
und dem Teufel dienen, so findet es der Pastor
ganz in der Ordnung, geht selbst hin und dienet
dem Gott dieser Welt. Doch wem die Jacke nicht
paßt, der soll sie sich nicht anziehen. Wenn der

geneigte Leser wissen möchte, was sich auf jenem
Ball zugetragen, der lese in seiner Bibel Daniel
Kap. 5.!

Darum wache auf, lutherische Christenheit, aus
dem Sündenschlaf und wir wollen Gott bitten,
daß er uns wieder solche Männer erwecken möchte,
die nicht nur in den Gemeindebüchern als Christen
eingetragen sind, sondern in Wahrheit Christen
sind und deren Namen im Himmelsbuche verzeich-
net sind.

Das walte Gott!

Ein Leser des Volksfreundes.

Aus Welt und Heimat.

Nadomsko — nicht Nowo-Nadomsk.
Auf Antrag der Lokyer Wojewodschaft wurde der
Name der Stadt Nowo-Nadomsk vom Innen-
ministerium in Nadomsko umgeändert.

Für Lehrer. Im Ministerium für Volksauf-
klärung wird für unqualifizierte Lehrer der Mittel-
schulen, die wenigstens 5 Jahre pädagogischer Ar-
beit hinter sich haben, ein Beförderungsprogramm nach
einem sogenannten vereinfachten Verfahren festge-
legt. Personen, die gegenwärtig den Lehrerberuf
ergreifen, werden verpflichtet sein, nach Beendigung
der Studien ein vollständiges staatliches Lehr-
examen vor einer Unterrichtskommission zu be-
stehen.

Rückwanderung aus Rußland. In der
ersten Hälfte d. J. sind nach den Berechnungen des
statistischen Amtes für Auswandererangelegenheiten
170 465 Personen aus Rußland nach Polen zurück-
geführt. Die meisten Rückwanderer sind Polen,
die Ukrainer stehen an zweiter Stelle. Im ganzen
sind seit November 1918 780 833 Personen aus
Rußland nach Polen zurückgeführt. Die Rückehr
von einer Million Personen wird noch erwartet.
Die Reisekosten, die von der polnischen Regierung
getragen werden, sind sehr groß.

Wjodzesz Neuer Pastor. Der Pastor
Küster, der Verwaltung des Archdiakons in Gamin,
wurde einstimmig zum Pastor des Kirchplatz
Wjodzesz gewählt.

Sosnowice Von der evangelischen
Gemeinde. Das Kirchspiel in Sosnowice wurde
mit dem Termin bis zum 5. November für vak-
ant erklärt. Das Monatsgehalt des Pastors be-
trägt 230 000 Mark. Wohnung, Licht und Feu-
rung sind frei.

Kamien. Die evangelische Kirche
in Kamien bei Chelm wurde während des Krieges
völlig zerstört. Dank der Energie Pastor Berg-
manns und der Hilfe der Staatsbehörden, die die
Kosten auf sich nahmen, ist der Neubau fast vol-
endet. Noch vor Beginn des Winters wird die
Kirche geweiht werden, sodas im Sommer dort
Gottesdienst wird abgehalten werden können.

Wloclawsk. Eine Schicksalswind-
lerin. Vor der Zweigstelle der polnischen Dar-
lehenskasse lagte eine unbekannt Frau den Leuten
ihre Leid, daß ihr Verwandter aus Amerika ihr
einen Scheck über 200 000 Dollar geschickt habe
und sie das Geld nicht abnehmen könne, weil die
Bank noch keine entsprechenden Anweisungen er-
halten hätte. Drei mitleidige Herren kauften der
Frau den Scheck ab. Als sie nach einiger Zeit
in der Bank erschienen, um ihr Geld abzuholen,
erklärten ihnen die Beamten, daß der Scheck ge-
fälscht sei. Der Scheck wurde zurückgehalten.

Warschau. Große Unterschlagun-
gen bei der Polnischen Landesdar-
lehenskasse. Wie dem „Słowo Pomorskie“
gebrähet wird, wurden bei der Polnischen Lan-
desdarlehenskasse riesige Unterschlagungen entdeckt.
Zwei hohere Beamte der Warschauer Zentrale für
Sozialversicherungen haben 75 Millionen polnisch
und 9 Millionen deutsch zum Schaden der Pol-
nischen Landesdarlehenskasse veruntreut. Auch Be-

An unsere Leser!

Wir bitten alle geschätzten Leser unseres Blattes, die mit ihren Abonnementsbeträgen im Rückstande sind, um sofortige Zahlung derselben, damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Volksfreundes verhütet werden kann.

amte der Polnischen Landesdarlehnskasse sollen in diese Unterschlagungen verwickelt sein. Alle Defraudanten wurden verhaftet.

— Der Kampf der Polizei gegen die Kommunisten, der vor den Wahlen mit besonderem Eifer geführt wird, führte in Warschau wiederum zur Entdeckung großer Vorräte kommunistischer Aufrufe in einer Druckerei.

— Raubmörder. In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. wurde der Gärtner Jan Berdecki aus Wola Jerszowska, Kreis Blonie, der zusammen mit einem Stanislaw Winkiel mit Gemüse nach Warschau fuhr, in der Gegend von Mszczonow von zwei bewaffneten Banditen überfallen, die ihnen mit dem Tode drohten und befahlen, aus dem Wagen zu steigen. Die Überfallenen kamen dem Befehle der Banditen nach, wurden aber von diesen durch eilige Schüsse niedergestreckt. Darauf fuhr die Räuber auf dem Wagen davon. Unterwegs hauchten sie noch in unerschämter Weise in Mszczonow, rissen die Schloßer von den Wagenschuppen und suchten einen anderen Wagen, da sie von dem gestohlenen Wagen das hintere Brett verloren hatten. Als sie ein passendes Gefährt gefunden hatten, fuhr die in der Richtung Warschau davon. Berdecki wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Spital in Mszczonow gebracht.

— **Prüfen.** Evangelisch-theologische Prüfungen und Ordination. In der vorigen Woche fanden die theologischen Prüfungen auf dem Posener evangelischen Konsistorium statt. Zur ersten Prüfung hatten sich zwei Kandidaten gemeldet, die die Prüfung bestanden. Zur zweiten Prüfung waren fünf Kandidaten erschienen, die alle vorher das Posener evangelische Predigerseminar besucht hatten. Auch sie bestanden sämtlich die Prüfung. Am Sonntag bereits wurden die fünf Kandidaten zum geistlichen Amte ordiniert. Die Ordinierten sind für folgende Gemeinden in Aussicht genommen: Schenk für Schmiedeberg, Rudolf für Opatonka, Kienitz für Weichselhorst, Draheim für Schöneck, Weiß für Piasken-Rudnicki. Die Namen der beiden Kandidaten von der ersten Prüfung sind: Gottfried Greulich und Drosz, beides Pastorenöhne aus unserem Gebiet.

— Ein merkwürdiger Vorfall wird dem „Posener Tageblatt“ von einer evangelischen Witwe, Mutter von zwei Knaben, die beide die deutsche Volksschule besuchen, berichtet:

Am Sonnabend, den 14. Oktober, erschien in ihrer Wohnung um 7 Uhr früh ein Schutzmännchen und erklärte, er habe den Befehl, den älteren der beiden Knaben dem Rektor der polnischen Allerheiligenschule vorzuführen. Er zeigte einen Zettel vor, auf dem angeblich der Name angegeben war, und es erwies sich, daß der dort angegebene Vorname mit dem wirklichen Vornamen des Kindes, um das es sich handelt, nicht übereinstimmte. Die Mutter wies daher das Ansuchen, dem Schutzmännchen das Kind mitzugeben, zurück, und der Schutzmännchen verließ das Haus. Nach etwa einer halben Stunde erschien der Schutzmännchen wieder und erklärte, er hätte jetzt den Befehl, den jüngeren Knaben vorzuführen, da er angeblich seit längerer Zeit die Schule nicht besuchte. Die Mutter erklärte, daß sie genau wüßte, daß der Knabe regelmäßig und pünktlich zur Schule gehe, und wies darauf hin, daß ihre Kinder mit der Allerheiligenschule nichts zu tun hätten, da sie die deutsche Volksschule besuchen. Schließlich ging die Mutter mit dem Knaben und dem Schutzmännchen selbst in die Allerheiligenschule und machte dort ihre Angaben auch vor dem Rektor der Schule, der die Frau (die als Katholikin geboren ist und

später zum evangelischen Glauben übertrat) in höchstem Tone zur Rede stellte, weil sie ihre Kinder in eine deutsche Schule schickt. Auf die Frage der Frau, wie man dazu käme, ein Kind, das regelmäßig die Schule besuche, für die es angemeldet sei, polizeilich dem Rektor einer anderen Schule vorzuführen zu lassen, ließ sich der Rektor in höhnischer Weise darüber aus, daß Kinder einer als polnische Katholikin geborenen Frau die deutsche Schule besuchen und „lutherisch lernen“. Unter anderem sagte er, wie die Frau genau gehört hat: „Luthertum und Judentum ist ja ein und dasselbe.“

Zur Kennzeichnung des Vorfalles darf hervorgehoben werden, daß der verstorbene Vater der beiden Knaben evangelischer Deutscher war. Die Mutter ist als polnische Katholikin geboren, aber schon als junges Mädchen, lange vor ihrer Verheiratung, zur evangelischen Kirche übergetreten.

— **Berent.** Unter dem Verdacht eines achtfachen Raubmordes wurde in Berent durch einen Geheimpolizisten ein Kongreppole verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Der Festgenommene soll in Warschau acht Personen umgebracht haben. Von Warschau aus wurde er durch den Kriminalbeamten bis Berent verfolgt, wo er bei der Eisenbahn Arbeit gefunden hatte. Seine Verhaftung glückte, als er sich gerade bei seinen Bogelwirten aufhielt. Auf dem Wege zur Polizeiwache versuchte er in der Gasse zu entfliehen, er wurde aber durch mehrere Revolvergeschüsse, die der transportierende Polizeibeamte auf ihn abgab und die ihm an Arm verwundeten, sofort wieder gestellt.

Der Verhaftete heißt Anton Bawlowski. Er hielt sich in Berent unter dem Namen Stanislaus Sikorski auf. Er wohnte gemeinschaftlich mit einem Frauenzimmer, das er als seine Frau ausgab seit zwei Jahren, und hatte Anstellung bei der Eisenbahn als Schaffner gefunden. Seine angebliche Frau wurde auch verhaftet.

— **Glänzende Kartoffelernte in Deutschland.** Im Ernährungsausschusse des Reichswirtschaftsrates gab ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums ein günstiges Bild von der Kartoffelverförgung. Die Ernte wird vermutlich gegen 34 Millionen Tonnen, d. i. 8 Millionen mehr als im Vorjahre, erbringen.

— **Ein neuer deutscher Kalender.** Zum zweitenmal tritt nunmehr der vom Lodzer Verlag „Kompaß“ herausgegebene Warte-Kalender seinen Weg in die deutschen Häuser in Polen an. Was sich über den Kalender für 1922 sagen ließ, läßt sich auch von seinem jüngsten Bruder behaupten: er entspricht allen Anforderungen, die man an einen guten Volkskalender stellen muß. Auf 160 Seiten enthält „Die Warte“ sorgfältig zusammengestellten Unterhaltungsstoff, gute belehrende Artikel und reiches statistisches Material. Zwei Kunstbeilagen und zahlreiche Bilder schmücken den Text des gediegen ausgestatteten Jahrbuches, das 600 Mark kostet.

Auf dem Weltmarkt gehen die Preise des Getreides langsam in die Höhe. Dieser Umstand steht einstweilen im Widerspruch mit der angekündigten reichen Ernte in Nord-Amerika und Kanada. Länder wie Deutschland und Frankreich sind bestrebt die Getreideeinfuhr auf ein Mindestmaß zu beschränken, ja man trägt sich mit Gedanken, ob es nicht heilsam wäre, von neuem Brot- und Mehlkarten für die Bevölkerung einzuführen, um auf diese Weise den Verbrauch von Getreide zu überwachen. — Auffallend ist in diesem Jahr der Umstand, daß der Hafer in allen Ländern teurer

ist als Gerste. Bei uns in Polen ist das Getreide billiger als irgendwo in der Welt. Wir haben deshalb eine fremde Getreideeinfuhr nicht zu befürchten.

— **Millionuwka.** Bei der Ziehung am Sonnabend, den 21. Oktober, fiel der Gewinn auf die Nr. 9,963,761 die nach Warschau verkauft wurde

Polnische Börse.

| | 17. 10. | 19. 10. | 21. 10. |
|-----------------|-----------|-----------|-----------|
| 1 amer. Dollar | 10650 Mk. | 10600 Mk. | 11400 Mk. |
| 1 pfd. Sterling | 47400 „ | 47350 „ | 51700 „ |
| 1 franz. Frank | 813 „ | 790 „ | 858 „ |
| 1 deutsche Mark | 3.60 „ | 3.75 „ | 3.25 „ |

Warschauer Getreidebörse.

Weizenkleie — 9000—9200, Roggen aus Kongreppolen für 118 % holl. Gewicht — 20,600, Roggenkleie franco Waggon Warschau — 9600, Posener Gerste — 22000, Posener Hafer — 23,000, Roggenmehl 70 prozentig franco Lager des Käufers — 31000, Roggenmehl 70 prozentig, ohne Justierung — 31000, Roggenmehl 60 prozentig franco Warschau — 32500, Leinkuchen — 21000, Weizen aus den Randgebieten — 35000.

Wochenschau.

— **Polen.** Der Ministerpräsident hat dem Generalsuperintendenten Burdiche den Orden „Polonia Restituta“ für seine Verdienste um die Erhaltung des Polentums innerhalb der evangelischen Kirche in Polen, eingehändigt. Ob die Ordensverleihung für den Herrn Generalsuperintendenten von Gottes Gnaden nicht ein weiterer Ansporn für die Betätigung in deutschfeindlichem Sinne sein wird?

Gegen Verdienste um die Erhaltung des Polentums innerhalb der evangelischen Kirche, hätten wir Deutschen Polens nichts einzuwenden, wenn damit gleichzeitig auch eine Erhaltung des Deutschtums in derselben Kirche Hand in Hand ginge. Leider wissen wir aus Erfahrung, daß die Erhaltung des Polentums meist auf Kosten des hiesigen Deutschtums getätigt wird. Dies ist auch der Grund unseres Kampfes um unser gutes Recht gegen den selbstherrlichen Generalsuperintendenten.

Im Neubau des Senatsgebäudes an der Wiejskastraße in Warschau ist ein Brand ausgebrochen, der jedoch bereits nach einer halben Stunde gelöscht werden konnte. Nur die Balken und das Dach sind zerstört worden.

In Warschau ist die Seuchenkommission beim Völkerbunde eingetroffen. Sie beabsichtigt, sich mit der Lage und den Mitteln zur Bekämpfung der Seuchen im Osten vertraut zu machen.

Dem bekannten Sejmabgeordneten, Jesuitenpater und Brauereibesitzer Ksiadz Lutoslowski ist es auf einer politischen Agitationsreise in Galizien nicht gut ergangen. Nach einer auf einer Wählerversammlung in Tarnow gehaltenen Agitationsspreche, umringten ihn auf der Straße Arbeiter und forderten, daß er die nichtswürdigen Angriffe gegen den Staatschef und die Linksparteien widerrufen solle. In dieser kritischen Lage kam ihm eine Polizeibeamte von 23 Mann mit aufgepflanztem Bajonett zu Hilfe. In deren Begleitung begab sich Pater Lutoslowski zum Bahnhof. Der Arbeiterschwarm folgte ihm auch dahin und rief ihm zu: „Gehorche dem Papst!“ „An die Laterne!“ „Bitte den Staatschef fuffällig um Verzeihung!“ „Höre auf, Polen zu vernichten!“ u. a. m. Am Bahnhof angelangt, wurde er von Eisenbahnern umringt, die ihn aufforderten, sich vor

hnen wegen seiner staatsfeindlichen Tätigkeit zu rechtfertigen und ihm einige Pässe versehen. Auch soll Lutostawski bei dieser Gelegenheit mit Kot beworfen worden sein. Hoffen wir, daß der Jesuitenpater die erhaltene Belehrung beherzigt und seinen Haß gegen den Staatshof, die Linksparteien und die völkischen Minderheiten zügelt.

Rußland. Trotz der großzügig eingeleiteten internationalen Hilfsaktion, will es nicht gelingen, das Hungerelend völlig zu beseitigen. Rußland ist eben durch die Bolschewikenherrschaft völlig heruntergekommen. Es fehlt an allem, an Lebensmitteln für die Bevölkerung, an Kleidung, an Haus- und Jagdtieren, an Futtermitteln, an Saatgetreide und an Heizmaterial. Rußland wird den Hunger vorausichtlich nicht so bald los werden. Die Zahl der Hungernden wächst ständig. Man rechnet damit, daß im Gouvernement Samarska im März 376 tausend Einwohner hungern werden. Im Gouvernement Nikolajewsk werden im Frühjahr 60 Prozent der Bevölkerung hungern müssen und in den deutschen Wolgakolonien rechnet man mit 160 000 Hungernden. Am schlimmsten aber wird die Bevölkerung der Gouvernements Jekaterinosslaw, Obeßa und des Don-Gebiets zu leiden haben, wo jetzt schon 600 000 Menschen hungern und die Zahl der am Hungertode Sterbenden ständig im Wachsen begriffen ist.

Der Gesundheitszustand Lenins soll sich wieder infolge Ueberarbeitung verschlechtert haben. Er leidet an Schwindelanfällen und nervöser Verstimmung. Die Ärzte haben Lenin anempfohlen, sich der Arbeit völlig zu enthalten.

Der Ukrainische Volkskongress hat beschlossen, der Selbständigkeit der Ukraine und der unabhängigen kleineren Sowjetrepubliken im Kaukasus ein Ende zu bereiten, deren Vertreter im Auslande zurückzuziehen und die gesamte Verwaltung von Moskau aus zu leiten. Es ist nur die Frage, ob diese bisher im verbündeten Republiken diese Maßregel ohne weiteres über sich ergehen lassen, oder aber mit Anrufen und Aufständen antworten werden.

Deutschland. Das deutsche Reichskabinett plant die Schaffung eines Wapergeldes auf Goldgrundlage. Es handelt sich hierbei um die Schaffung eines Zahlungsmittels, das im Lande nach dem jeweiligen Dollarkurse angenommen werden könnte. Die Beratungen in dieser Angelegenheit werden noch fortgesetzt.

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat in einem Schreiben an eine englische Dame folgende interessante Worte über die englische und französische Politik niedergeschrieben: „Wie sagen Sie zur englischen Politik im Osten? Ich habe alle Mühe, Ihre Staatsmänner zu verstehen. Frankreich hat einen großen Sieg über England errungen, und das ist eine sehr ernste Sache. Frankreich nimmt denselben Weg, wie Napoleon I. Es ist bereits eine viel zu mächtige Nation und will Europa führen. Das englische politische System, die Politik des Gleichgewichts, existiert nicht mehr. England wird für den Irrtum seiner Politik bald bitten müssen. Wenn wird endlich ein großer Mann entstehen, der dem englischen Volke zeigen wird, daß es sein Interesse ist, Deutschland gegen Frankreich zu stärken, ehe es zu spät ist.“

Die Besatzungstruppen im Rheinland lassen es sich auf Deutschlands Kosten recht wohl sein. Sie haben im Jahre 1921 allein Wein im Werte von 119 Millionen Reichsmark getrunken, wozu noch 125 000 Flaschen Sekt (Champagner) kommen, den meist die Offiziere getrunken haben. Und das alles muß Deutschland bezahlen.

Die amerikanischen Besatzungstruppen sollen nun endlich ganz aus dem Rheinland zurückgezogen werden. Wann werden die anderen folgen?

England. Aus London kommt die unerwartete Nachricht, daß das englische Kabinett in vollem Bestande zurückgetreten ist. Der Rücktritt Lloyd Georges wird verschiedentlich gedeutet. Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, daß nun ein konservatives Kabinett, wahrscheinlich unter Bonar Law, aus Ruder gelangen werde, das bestrebt sein dürfte, das Bündnis mit Frankreich noch enger zu gestalten. Die deutschen Blätter halten den Sturz Lloyd Georges für Deutschland für sehr gefährlich, da er gerade zu einer Zeit erfolgte, da die Reparationskommission sowie der Oberste Rat in seiner nächsten Sitzung über das Los Deutschlands entscheiden sollen. Wie dem auch sei, sicher ist, daß England mit der griechischen Niederlage Frankreich gegenüber politisch unterlegen ist. England sieht den ganzen Ernst der französischen politischen und militärischen Ueberlegenheit und seine eigene Ohnmacht. Zwischen Frankreich und England hat sich eine Kluft aufgetan, die nicht mehr gut zu überbrücken ist. Aus den einstigen Verbündeten sind im Grunde scharfe Gegner geworden, die jedoch wenigstens nach außen den Schein der Freundschaft aufrechterhalten möchten. England hat heute sicher bereits Nachsicht gegen Frankreich im Herzen. England wird die Schande seiner offenen Niederlage und Schwäche nicht vergessen. England ist zäh. Gleichviel welche Regierung in England an Lloyd Georges Stelle treten wird, jede wird nach einer Gelegenheit ausschauen Frankreich so einzwickeln, wie vordem Deutschland, wenn sie auch aus Gründen der Diplomatie nach außenhin die Freundschaft noch mehr betonen sollte als bisher.

Lloyd Georges Politik zeichnete sich durch Unbeständigkeit, Sprunghaftigkeit und Unklarheit aus, stand also im Gegensatz zur beständigen und zielbewussten Politik Polinares, der die Hauptziele der französischen Politik, Angliederung des linken Rheins zu Frankreich, und Schwächung des englischen Ansehens, nicht aus den Augen ließ. Wie sich nun die Beziehungen zwischen Frankreich und England weiter gestalten werden, läßt sich heute schwer voraussagen.

Frankreich. In Frankreich ist eine erfreuliche Abnahme der kommunistischen Bewegung zu verzeichnen. Nach dem Bericht des Generalsekretärs Trotski, hat die kommunistische Partei im Laufe des letzten Jahres mehr als 50 000 Mitglieder verloren. Der kommunistische Massenwahnsinn, der nach dem unglücklichen Weltkrieg die Welt ergriffen hat, scheint nunmehr, auch in Rußland, langsam aber bestimmt einer Seneszenz zu weichen.

Italien. Das Kabinett de Facta soll bereit sein zurückzutreten und dürfte dann wohl durch ein Kabinett Giolitti-Mussolini ersetzt werden. Mussolini ist der bekannte Führer der Faschisten, die gegenwärtig in ganz Italien oben an sind.

Südslawien (Serbien). In Südslawien haben sich Freischaren (Komitadschi) gebildet, die beschlossen haben, alle südslawischen Nationalisten zu mobilisieren. Die Oberleitung wird der serbische Freischaren-Verband übernehmen. Das Ziel der Freischaren ist der Kampf gegen die italienischen Faschisten in Dalmatien und Istrien. Die Abteilungen der Freischaren erhalten besondere Uniformen und schwarze Fahnen mit Totenköpfen.

Briefkasten.

Herrn Otto Somschor: Die Begleichung der Rechnung für die zu Agitationszwecken bestimmten Volksfreund-Exemplare wurde vom Lodzer Zentralwahlkomitee abgelehnt. Wir bitten Sie daher diesbezüglich mit dem Zentralwahlkomitee direkte Sühnung zu nehmen. Gruß dankend erwidert.

Spenden.

Opfer der Schulgemeinde Oborki, pow. Ryprze, für das Haus der Barmherzigkeit Lodz Mk. 10.000. —
Spende für den Volksfreund! Von Herrn Henryk Cynn, aus Wola-Milocka Mk. 1000. —

Humor.

Die ist aber tapfer! Fräulein Agathe: „Man munkelt, Sie wollen sich verloben, Herr Meier?“ „Ja, verloben?“ „Ach, tun Sie doch nicht so! Man hat mir sogar schon gratuliert!“

Na so was! Eben lese ich, die rauchlose Pulverfabrikantentochter heiratet den schwalmrigen Eisenbahnbeamten.

„Hast Du ein Loch im Kopf, Max?“
„Nein, wie so?“
„Du hast ja die ganze Schulter voller Sägespäne!“

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 26.
Leder: Dr. E. von Behrens.

„Die Warte“

Der von den Deutschen in Polen gerngelesene Kalender ist für 1923 erschienen.

Er bringt auf 160 Seiten eine Fülle von Unterhaltungsstoffen, belehrender Artikel und zahlreiche Illustrationen.

Vorzugspreis bis 15. November Mk. 600
Danach wegen Geldentwertung „ 750
— — Wiederverkäufern Rabatt. — —

Bestellungen erbittet 51

Das Verlagshaus „Kompas“
Lódz, Nawrot Nr. 26.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Kündigung mit 6%
- 8-wöchentl. „ 10%
- 1-jährl. „ 12%
- längerer Kündigung nach Vereinbarung

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Lodz, Aleje Kosciuszki 45/47. 88

Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rogwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüge, Puhmühlen, aut. Pferdewagen, Kartoffeldämpfer, Rübenschnneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.

Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Aktiengesellschaft
Lodz, Aleje Kosciuszki 45/47. 23